

Sollen ukrainische Männer aus Deutschland zum Kriegsdienst in ihr Land zurückgeschickt werden?

6. Mai 2024

Florian Rötzer

76 Kommentare



Soldaten der 11. Offensivgarde der Grenzschutzgruppen.

Die ukrainische Regierung fordert die europäischen Länder dazu auf. Manche deutsche Politiker wollen da „solidarisch“ sein. Was meinen Sie?

Die Ukraine stellt Männern im wehrpflichtigen Alter zwischen 18 und 60 Jahren im Ausland keinen Reisepass oder andere Dokumente mehr aus, wenn diese sich nicht zum Militärdienst registrieren lassen. Ziel ist, die personell ausgedünnte ukrainische Armee aufzufüllen, weil sie Freiwillige kaum mehr melden und die russischen Truppen die Schwäche nutzen. Die Ukraine steht auch unter Druck der Nato-Länder, ihren Teil der noch geltenden „Arbeitsteilung“ zu leisten, also die Soldaten zu stellen.

Alleine in Deutschland sollen 220.000 Männer im wehrpflichtigen Alter leben, die meisten sich wohl geflohen, um keinen Kriegsdienst leisten zu müssen. Das sowieso vor dem Krieg kaum gewährte Recht auf Kriegsdienstverweigerung wurde aufgehoben. Kiew hat nach Beginn des Krieges die Grenzen für Männer im

wehrpflichtigen Alter bis auf wenige Ausnahmen geschlossen, seitdem ist die Korruption hoch, um ins Ausland zu fliehen oder durch Tricks vom Militärdienst freigestellt zu werden. Mit dem neuen Mobilisierungsgesetz wurde versucht, die Lücken zu schließen und die Ukrainer, die sich im Inland verstecken oder die ins Ausland geflohen sind, zum Kriegsdienst zu zwingen. Die europäischen Länder werden von der ukrainischen Regierung aufgefordert, Druck auszuüben, damit sie in die Ukraine zurückkehren, was meist bedeuten wird, in den Krieg zu ziehen und zu töten oder getötet bzw. verletzt zu werden.

Das Thema hat inzwischen die Politik eingeholt, Länder und Bundesinnenministerium beraten, es soll eine einheitliche Lösung gefunden werden. Wenn die Reisepässe der ukrainischen Männer im wehrpflichtigen Alter auslaufen, kann die Bundesregierung auf der Passpflicht bestehen. Sie kann entweder Ersatzdokumente ausstellen, das haben schon ukrainische Männer beantragt, oder die Männer müssten ohne gültige Papiere in die Ukraine zurück, um neue Pässe zu erhalten, wären dann aber in der Falle und könnten nicht mehr ausreisen. Ein Asylantrag hätte wohl kaum Chancen.

Roman Poseck, der hessische Innenminister, ist willens, der Ukraine bei der Mobilisierung der Männer zu helfen, die sich in Deutschland aufhalten: „Dazu kann eben auch zählen, dass wir daran mitwirken, dass die Ukraine auf Männer, die ins Ausland geflohen sind, die aber im Krieg eingesetzt werden können, zurückgreifen kann“, [sagte](#) der CDU-Politiker im Bericht aus Berlin am Sonntag. Die Sprache ist verräterisch, denn damit würde Deutschland dabei helfen, Männer, die keinen Kriegsdienst leisten wollen, in den Tod zu schicken, obwohl hierzulande das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung garantiert wird. 1987 wurde Kriegsdienstverweigerung durch die UNO-Vollversammlung als internationales Menschenrecht anerkannt.

Trotzdem meint Poseck, man könne keine Ersatzdokumente ausstellen: „Die Ukraine ist kein Unrechtsstaat.“ Vor allem sei aber wichtig, „die Verteidigungsbereitschaft der Ukraine zu unterstützen“, indem sie für den Krieg, der auch im Interesse der europäischen Regierungen geführt wird, Soldaten unter Zwang erhalten, bevor die Nato-Staaten selbst Soldaten schicken müssen. Das soll wohl noch vermieden werden.

Ausgerechnet Anton Hofreiter von den Grünen, der zusammen mit Strack-Zimmermann gerne als besonders entschlossener Kriegsbefürworter auftrat, plädiert nun aber dafür, den Ukrainern doch Ersatzdokumente auszustellen: „Wir haben bei uns im Grundgesetz das Recht auf Kriegsdienstverweigerung. Und ich glaube, Menschen, die auf gar keinen Fall kämpfen wollen, da reinzuzwingen – das macht am Ende auch die ukrainische Armee nicht stärker.“ Man müsse dafür

sorgen, dass Männer, „die auf gar keinen Fall kämpfen wollen, am Ende hier ihr Leben führen können“. Es gehe auch um Menschen, die seit vielen Jahren in Deutschland leben und arbeiten. Allerdings meint er, es sei besser, die Ukraine so gut mit Waffen zu versorgen, dass sie nicht in das Dilemma fehlender Soldaten komme.

Soll Deutschland mithelfen, ukrainische Männer im wehrpflichtigen Alter zum Kriegsdienst in ihr Land zurückzuschicken?

✓ Nein, niemand darf zum Kriegsdienst gezwungen werden

722 votes

Ja, das sind Deserteure

33 votes

Das ist ein Dilemma, schwierig zu lösen

29 votes

Ja, Deutschland muss mit der Ukraine solidarisch im Krieg sein und möglichst umfassend helfen, ohne selbst Kriegsteilnehmer zu werden

13 votes

Abstimmungen insgesamt: 797

6. Mai 2024 - 9. Mai 2024

Ähnliche Beiträge:

- [Wird in der Ukraine eine Generalmobilmachung getestet?](#)
- [Kiesewetter \(CDU\) will ukrainische Männer in Deutschland an die Front schicken](#)
- [Wiedereinführung der Wehrpflicht in Deutschland?](#)
- [Die Masse der ukrainischen Kriegsdienstverweigerer durchkreuzt Nato-Interessen](#)
- [Ukraine zieht die Schrauben für wehrpflichtige Männer im Ausland an](#)